

REDAKTION:
Zürcherstrasse 45, 8730 Uznach,
Tel. 055 285 91 00, Fax 055 285 91 10

GESAMTAUFLAGE:
130 801 Exemplare

ABO- UND ZUSTELLSERVICE:
Tel. 0844 226 226

INSERATE:
Zürcherstrasse 45, 8730 Uznach,
Tel. 055 285 91 04, Fax 055 285 91 11

REGION

Äpler aus Benken stand wegen illegalen Güllens vor dem Bundesgericht.

SEITE 3

SÜDOSTSCHWEIZ

«Mister Unesco» – ein Portrait über David Imper, Geologe aus Leidenschaft.

SEITE 7

SPORT REGION

Die U20-Nati spielt Mitte August im Joner Grünfeld gegen Österreich.

SEITE 13

ANZEIGE

Morgen wie heute. Erfolg mit Inseraten in Presse und Internet.

www.so-publicitas.ch

SÜDOSTSCHWEIZ PUBLICITAS AG

Wakesurfer messen sich auf Zürichsee

Wakesurfen. – Seit gestern surfen auf dem Zürichsee zwischen Horgen und Wollishofen die Schweizer Wakesurfer um die Wette. Heute wird der Joner Marc Weiler in den Wettkampf eingreifen. Sein Ziel ist die Qualifikation für den Finaal vom Samstag. Die Konkurrenz ist stark. Beim Contest dabei ist Martin Suter, Gewinner der beiden ersten Ausgaben der SurfTour sowie der Vorjahreszweite Sascha Gattiker aus Altendorf. **SEITE 13**

Navyboot will mit Gaydoul durchstarten

Zürich. – Die Schweizer Schuh- und Modekette Navyboot soll Europa erobern. Dieses Ziel verfolgt Denner-Chef Philippe Gaydoul mit der Übernahme von Navyboot durch die Gaydoul Group. Die Auslandsexpansion ist denn auch der Hauptgrund, weshalb Navyboot-Gründer Bruno Bencivenga sich für den Verkauf der Firma entschieden hat. Gaydoul bezeichnete Navyboot als Trouvaille. (ap) **SEITE 21**

Gemeinden wollen ans NFA-Geld

St. Gallen. – Der Kanton St. Gallen erhält ab nächstem Jahr 107 Millionen Franken mehr aus dem neuen Finanzausgleich zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA). Die Gemeinden wollen auch etwas von diesem Geld, wie ihre Vereinigung am Donnerstag mitteilte. Sie wollen eine faire Beteiligung, wie es im Communiqué der Vereinigung der St. Galler Gemeindepräsidenten (VSGP) heisst. Die Regierung befasst sich im Frühjahr mit dem Begehren. (sda)

HEUTE

Region	2-7
Immobilien	8
Sport Region	13
Tagesthema	15
Inland	16
Ausland	19
Börse	20
Wirtschaft	21
Kultur	23
Sport	24
Fernsehen, Radio-Tipp	27

WETTER HEUTE

Linthgebiet



+29°
+16°

SEITE 26

Stadt will Bau von Antennen einschränken

Ein neues Konzept für Mobilfunkantennen soll schutzwürdige Zonen in Rapperswil-Jona vor dem Bau von neuen Antennen schützen.

Von Stefan Breitenmoser

Rapperswil-Jona. – Die für viele zu hohe Strahlenbelastung durch Mobilfunkantennen mag nicht als Argumentation für ein Verbot für den Bau von neuen Mobilfunkantennen zu ge-

nügen. Dies, weil im Gesundheitsbereich strikte nationale Gesetze bereits bestehen. Deshalb unternimmt die Stadt Rapperswil-Jona einen neuen Versuch, den Antennenbau einzudämmen. Als neue Argumentationsgrundlage dient das Ortsbild.

«Schwammige Formulierungen»

Im neuen Mobilfunkkonzept der Stadt werden anhand einer Negativplanung Zonen definiert, in welchen keine zusätzlichen Antennen entstehen sollen. Diese Zonen sind in erster Linie die

Altstadt, das Seeufer, Naturschutzgebiete und wichtige Aussichtsanlagen.

Damit ist aber noch nicht ausgeschlossen, dass in diesen Gebieten neue Antennen gebaut werden. «Die Formulierungen sind etwas schwammig», sagt deshalb Jürg Grest, Präsident der IG Summ. Denn solange die Antennen das Ortsbild nicht stören, wären sie eigentlich weiterhin zulässig. Die Mobilfunkanbieter wollen deshalb das neue Konzept genau studieren, bevor sie sich weitere Schritte überlegen. **BERICHT SEITE 3**



Contura bekommt Konturen verpasst

Seit gestern läuft der Aufbau des Bundeslagers Contura 08, das in der Linthebene 25 000 Pfadfinderinnen und Pfadfinder versammelt wird. David Grimm, mit Pfadinamen Platon, und Henrik Schoop, Certo, schneiden an der Kreissäge Holz zum Lagerbau (Bericht Seite 2).

Bild Pascal Landert

Merz will bei der LSVA vom Gas

Im Streit um die Erhöhung der LSVA und die hohen Dieselpreise herrscht Waffenstillstand: Finanzminister Hans-Rudolf Merz will dem Bundesrat einen Kompromiss vorschlagen.

Bern. – Merz will dem Bundesrat in der ersten Sitzung nach den Sommerferien beantragen, die für 2009 vor-

gesehene Erhöhung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) für so genannte Euro-3-Lastwagen auf 2011 hinauszuschieben. Im Gegenzug will der Schweizerische Nutzfahrzeugverband Astag vorerst keine Kampfmassnahmen ergreifen.

Auf diesen Kompromiss hatten sich Merz und Astag-Präsident Adrian Amstutz geeinigt. Auch wegen der hohen Dieselpreise will der Astag

vorläufig keine Blockaden errichten. Astag kritisiert die Erhöhung der LSVA und der Dieselpreise.

Gegen die Erhöhung der LSVA um zehn Prozent per 2008 hatte der Verband angekündigt, vors Bundesverwaltungsgericht zu gehen. Laut Direktor Michael Gehrken läuft die Frist dafür noch. (sda)

KOMMENTAR 5. SPALTE
BERICHT SEITE 15

KOMMENTAR

DER ERFOLG DER LSVA WIRD VERWÄSSERT

Von Hanspeter Guggenbühl

Die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA), die das Schweizer Volk zweimal an der Urne beschlossen hat, beruht auf einem Gegengeschäft: Mit der Abgabe verteuerte der Staat den Gütertransport auf der Strasse und schöpfte Geld zur Finanzierung der Neat. Gleichzeitig erlaubte er – mittels Erhöhung der Gewichtslimite von 28 auf 40 Tonnen – mehr Fracht pro Lastwagen zu befördern, was die Verteuerung durch die LSVA mehr als kompensierte.

Diese ab 2001 stufenweise eingeführten Massnahmen hatten erfreuliche Folgen: Die Zahl der umweltbelastenden Lastwagenfahrten ging in der Schweiz seit dem Jahr 2000 leicht zurück. Dank besserer Auslastung der verbleibenden Laster nahm die auf der Strasse transportierte Frachtmenge gleichwohl deutlich zu. Damit stieg die Produktivität des Güterverkehrs insgesamt. Diesen drei Vorteilen steht ein Nachteil gegenüber: Die weniger umweltbelastende Bahn, die früher von der 28-Tonnen-Limite profitierte, verlor seit 2000 weiteren Marktanteil an die Strasse.

Trotz diesen Vorteilen hat die Lobby des Strassenverkehrs die LSVA stets bekämpft und versucht, die letzte LSVA-Erhöpfung zu verhindern. Mit seiner mit Jammeriaden und Drohungen gemixten Kampagne hat der Lastwagenverband Astag den Finanzminister jetzt weichgeklopft: Hans-Rudolf Merz will dem Bundesrat beantragen, die Erhöhung der für die grosse Zahl an Lastwagen der Schmutzklasse Euro 3 aufs Jahr 2011 zu vertagen.

Dieser Entscheid ist nicht weltbewegend. Aber es ist ein Schritt in die falsche Richtung. Denn damit bleibt der Güterverkehr auf der Strasse bis 2011 billiger, als es das Volk 1994 und 1998 befohlen hat. Das erlaubt den Transporteuren auf der Strasse, ihren Wettbewerbsvorteil gegenüber der Schiene drei Jahre länger zu bewahren.

Der Einwand, dieses Entgegenkommen sei notwendig, um den höheren Diesel-Preis abzufedern, sticht nur bedingt. Denn mit dem Preisanstieg signalisiert der Markt, dass Treibstoff knapp wird und der Verkehr nicht unbegrenzt weiter wachsen kann. Dieses Marktsignal darf nicht abgeschwächt werden.

